

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. Zusätzl. Beleggeld. Einzelnummern 10 Pf. 122. Postamt und Postfach. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Wichtigkeit der Zeitung oder Abgabe des Bezugspreises. Rücksendung eingekaufter Belegblätter erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Anzeigenpreis: die 4-spaltige Raumzeile 20 Pf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3-spaltige Reklameweile im letzten Teile 1 RM. Nachrechnungsbüro 20 Reichspfennige. Morgen- und Nachmittagsausgaben werden nach Möglichkeit annehmbar bis zum 10. Uhr. Durch General übermittelten Anzeigen über, die keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 217 — 92. Jahrgang      Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“      Wilsdruff-Dresden      Postfach: Dresden 2640      Sonnabend, den 16. September 1933

## „Gedenke, daß du ein Deutscher bist!“

Zwischen einst und heute — Volksgemeinschaft der Tat

„Neue Aula“ der Berliner Universität, — zum zweitenmal erlebte sie einen geschichtlichen Vorgang von großer Bedeutung für Deutschlands und Preußens Gegenwart und Zukunft. Mehr als vierzehn Jahre liegen zwischen dem 15. September 1919, als mit würdevoller Feierlichkeit der neue Preussische Staatsrat durch den Führer des nationalen Deutschland eröffnet wurde, und — dem 12. Mai 1933, als in demselben Hofraum zu Füßen des Fichte-Bildes „Reden an die deutsche Nation“ die Nationalversammlung gegen das kurz zuvor bekannt gewordene Versailler Diktat protestierte, als ein Scheidemann, des Deutschen Reiches Ministerpräsident, die „verdorrte Hand“ hob und Preußens Ministerpräsident Hirth „Lieber tot als Sklav“ sein wollte. Wenigstens — sagten dies jene beiden! Von ihnen heute zu reden, an jene Versammlung gerade jetzt zu erinnern heißt aber auch dem stumpfsten Gefühl klarzumachen, daß nur äußerlich vierzehn Jahre seither verstrichen sind, daß uns Deutsche der Gegenwart aber innerlich ein viel, viel größerer Raum von jener Zeit trennt. Wir alle fühlen es und wissen es; es ganz zu erfassen haben uns gerade die beiden Männer gelehrt, die jetzt vor dem Preussischen Staatsrat als Führer standen, Adolf Hitler und Hermann Göring. Das war keine Versammlung mehr wie damals, als man sich, wie immer und immer wieder im System des demokratischen Mehrheits-Parlamentarismus, hintereinander verstanden konnte, der Abgeordnete hinter „der Partei“, die Regierung — registerte sie im wirklichen Sinne dieses Wortes überhaupt? — hinter einer Parteienmehrheit, wenn es sich nämlich darum handelte, Verantwortung zu übernehmen, Verantwortungen zu tragen. Die doch auch jener Protest in der „Neuen Aula“ einen Monat später aus in der Annahme des Versailler Diktats, zu dem man erst so feierlich Nein! gesagt hatte. Dieser Ungeist ist mit dem Marxismus und dem Judentum, die einst dort „namens des deutschen Volkes“ zu sprechen sich erheben durften, hinweggefegt worden durch Hitlers „Reden an die deutsche Nation“ zuerst und dann durch seine Taten. Nein sich um die Verantwortung allzuoft und gern herumdrückendes Parlament tagte jetzt in diesem Saal zu Füßen Fichtes, sondern Männer, die, vom Führer in den Staatsrat als das höchste und vornehmste Organ des Preussischen Staates berufen, eine ständige Brücke bilden werden zwischen Führer und Volk. Aber die Verantwortung liegt und bleibt bei der Führung, — und ihr, ihrem Willen und ihrer Arbeit braucht wahrlich Fichte die Mahnung nicht mit auf den Weg zu geben, die er symbolisch, aber vergebens vierzehn Jahre zuvor an jene andere Versammlung richtete: „Gedenke, daß du ein Deutscher bist!“

Aber eine andere Mahnung erging wenige Tage zuvor an das gesamte deutsche Volk aus dem Munde des Führers: „Gedenket ihr alle, die ihr durch eures Geistes und eurer Hände Arbeit vor Hunger und Kälte geschützt seid, nun auch der Volksgenossen, die neben euch leiden, aber arbeitslos mit Wangen dem Winter entgegensehen! Gedenket ihr alle, die ihr im Licht steht, nun auch derer, die draußen im Dunkeln harren müssen!“ Adolf Hitler wies in seiner Ansprache, die das große Winterhilfswerk einleitete, auch vor allem darauf hin, daß „daraus noch etwas viel Gewaltigeres herauskommen sollte: die Volksgemeinschaft der Tat“. Wie oft hat man in den verflochtenen Jahren dieses Wort „Volksgemeinschaft“ gehört, — aber wie oft hörte man es bespötteln oder hohnvoll, ja hohnvoll ablehnen! Wie oft wurde es — mißbraucht, dieses Wort, dieser Begriff, der Unwirklichkeit war, weil es gar keine Volksgemeinschaft gab, sondern nur Parteien, Egoismus oder Klassenhaß! Erst als nun diese drei Trennungsmauern zertrümmert wurden, konnte aus jenem bespöttelten und mißbrauchten Wort endlich eine Wirklichkeit werden, an deren Zustandekommen schon so viele kaum noch zu glauben vermochten, als jahrelanges Dunkel, als Hunger und Kälte selbst eine äußere und innere Gemeinschaft des deutschen Volkes zur Freude unserer Gegner draußen und drinnen nicht zu erzwingen vermochten. Aber aus der Fichteschen Mahnung erhebt jetzt eine zweite: „Gedenke, daß auch der andere neben dir ein Deutscher ist!“ Und die weitere: Gedenke es nicht nur, sondern handle dementsprechend, wenn der andere in Not ist! Und erst als Hitler als Führer das deutsche Volk innerlich zu einer wirklichen Gemeinschaft zusammengeführt hatte, wurde die Möglichkeit gegeben, diese Gemeinschaft zu einer solchen nicht mehr nur des Wortes und des Begriffes, des Fühlens und des Wissens, sondern darüber hinaus zu einer „Volksgemeinschaft der Tat“ zu machen.

„Wir treten damit vor der Nation und vor der ganzen Welt den Beweis an, daß es uns ernst ist um die Durchführung der wahren Volksgemeinschaft... Die Welt, die

## Deutschland fordert Gleichberechtigung

### Bedeutame Rede des Reichsaussenministers.

Reichsaussenminister Freiherr von Neurath hielt am Freitagabend vor Vertretern der ausländischen Presse in Berlin eine für die kommenden Genfer Verhandlungen bedeutsame große Rede, die auch im Rundfunk übertragen wurde. Der Reichsaussenminister betonte u. a. folgendes:

Wenn wir aus unserem Lande, wo überall neues Leben aufblüht und neue Hoffnungen erwachen, den Blick über die Grenzen werfen und die großen internationalen Probleme ins Auge fassen, so können wir nichts anderes als eine nahezu vollständige Stagnation feststellen. Die Versuche internationaler Zusammenarbeit haben sich in den letzten Monaten im wesentlichen als unfruchtbar erwiesen. Konferenzen und Einzelverhandlungen lösen sich ab, ohne die Probleme weiterbringen und ohne die ersehnte Entspannung herbeiführen zu können. Fragt man sich nach den letzten Ursachen dieses Zustandes, dieses politischen Unfriedens, der auf Europa lastet, so trifft man immer wieder auf die Tatsache, daß

der Geist des Systems von Versailles auch noch heute weitgehend die Politik beherrscht. Wie in Versailles alle Argumente recht waren, um Deutschland zu schädigen, und wie damals die allgemeinen Prinzipien moralischer, wirtschaftlicher, historischer und juristischer Art in seinem Falle gleichmäßig angewandt, sondern einseitig so ausgelegt und angewandt wurden, daß ihre Anwendung immer gegen Deutschland anschlüge, so will man auch heute noch Deutschland mit zweierlei Maß messen.

Das Ausland muß endlich begreifen, daß das deutsche Volk das Recht hat, sich gegen diesen Geist von Versailles mit allen Kräften zur Wehr zu setzen.

Der Reichskanzler hat in seiner großen Reichstagsrede vom 17. Mai dargelegt, in welchem Sinne, mit welchen Methoden und mit welchen Zielen wir diesen Kampf führen wollen, damit die lange Periode politischer Irrungen endlich abgeschlossen wird. Seine Darlegungen bleiben für die deutsche Außenpolitik maßgebend. Ich kann nur mit Bedauern feststellen, daß es an vielen Stellen des Auslandes bis heute an der richtigen Würdigung der Richtlinien unserer Außenpolitik fehlt, deren Kernpunkt es ist,

daß Deutschland den Frieden und nicht den Krieg, einen aufbauenden Frieden im Innern und nach außen will.

Der Reichsaussenminister kam dann auf den vom italienischen Regierungschef Mussolini geschaffenen Viermächtepakt zu sprechen und sagte: Deutschland hat den Pakt unterzeichnet, um seinerseits kein Mittel unversucht zu lassen, das zur Abmilderung einer fruchtbareren Periode der Entwicklung beitragen könnte. Nicht auf den Wortlaut des Paktes kommt es an; seine Bedeutung wird abhängen vom Geist seiner Anwendung. Dabei scheint mir jedenfalls das eine selbstverständlich zu sein:

Das Ziel des Paktes kann nicht die Niederhaltung des einen Partners durch die anderen, sondern nur die Verständigung zwischen gleichberechtigten Partnern sein. Ich bin überzeugt, daß bei gutem Willen eine Verständigung der vier Mächte über alle großen politischen Fragen, die heute Europa beunruhigen, durchaus möglich ist, und daß eine solche Zusammenarbeit der vier Mächte auch für die anderen Länder nur von Vorteil sein kann.

Außerst skeptisch muß in dieser Hinsicht allerdings der Stand der Abrüstungsfrage stimmen. Trotz der konkreten Darlegungen unserer Forderungen in der Reichstagsrede vom 17. Mai, die die einmütige Billigung des Reichstags gefunden hat, trotz des darin bewiesenen weitgehenden Einigenkommens ist seither aus Seiten der uns gegenüberstehenden Mächte keinerlei Fortschritt bemerkbar geworden.

uns noch mit Mißtrauen und Abneigung begegnet, soll sehen, daß wir nicht auf fremde Hilfe angewiesen, sondern entschlossen sind, uns selbst zu helfen“, sagte Minister Dr. Goebbels bei der Ankündigung eines Wertes, das wir auch dem Urteil dieser Umwelt überlassen wollen. Freilich wissen wir, daß auch der Erfolg bei diesem Werk noch längst nicht jenes Mißtrauen und jene Abneigung überwinden wird. Daß vielmehr erst Stein um Stein langsam aus diesen Trennungsmauern fallen muß! Aber vielleicht wagt sich, wie vor einigen Monaten, als der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit in Deutschland so große

Über den deutschen Widerspruch hinweggehend hat sich die Abrüstungskonferenz ohne irgendein positives Ergebnis auf Monate vertagt. Wir sind auf die während der Konferenzpause von dem Präsidenten der Konferenz, Henderson, eingeleiteten vertraulichen Verhandlungen bereitwillig eingegangen, aber auch heute vermögen wir Anzeichen für das baldige Zustandekommen einer befriedigenden Lösung noch nicht zu erkennen.

Im Gegenteil: nach gewissen Anzeichen zu schließen, scheint die Bereitschaft der hochgerüsteten Staaten zur Erfüllung ihrer Abrüstungsverpflichtung heute geringer denn je zu sein.

Es ist für uns nichts Neues, daß man versucht, diese Haltung mit der Behauptung deutschen Aufstiegswillens zu rechtfertigen. Ich sage mit dem vollen Bewußtsein der Tragweite meiner Worte, daß das nichts anderes ist als eine bewußte Verfälschung der Tatsache, daß Deutschlands Ziel lediglich die Beseitigung des heutigen Zustandes einseitiger Wehrlosigkeit ist.

Ich rufe nur folgende Tatsachen, an denen es nicht zu zweifeln und zu denken gibt, in ihre Erinnerung: Wir haben unter genau definierten Voraussetzungen die von der Gegenseite geforderte Umwandlung der uns im Versailler Vertrag auferlegten Heeresbeschränkung akzeptiert. Wir haben erklärt, daß wir kein Waffenverbot als zu einschneidend ablehnen, wenn es auf alle Mächte Anwendung findet. Wir haben uns ferner bereit erklärt, auf die Zulassung von Angriffswaffen dann überhaupt Verzicht zu leisten, wenn die gerüsteten Nationen ihrerseits innerhalb eines bestimmten Zeitraumes diese Waffen vernichten und durch eine internationale Konvention die weitere Anwendung der Waffen verboten wird. Wir haben nur gefordert, daß, soweit Waffen anderen Mächten gestattet bleiben,

die Waffen der Verteidigung nicht Deutschland allein verboten werden dürfen.

Dabei haben wir in Aussicht gestellt, von dieser unserer Gleichberechtigung nur in einem durch Verhandlungen festzustellenden Umfang Gebrauch zu machen. Endlich haben wir uns mit der internationalen Kontrolle der Rüstungen einverstanden erklärt, sofern sie sich für alle Staaten gleichmäßig auswirkt. Ja, wir haben sogar angeboten, bei gleicher Bereitwilligkeit der anderen Staaten unsere politischen Verbände dieser Kontrolle mitzunterstellen, um ihren unpolitischen Charakter vor aller Welt zu beweisen.

Ist das eine Aufrüstung Deutschlands? Die hochgerüsteten Staaten rufen weiter, und statt von ihrer Abrüstung sprechen sie von ihrer Sicherheit. Man will, ohne mit einer effektiven Abrüstung zu beginnen, zuerst die Kontrolle ausbauen, so daß davon praktisch allein die abgerüsteten Staaten betroffen werden würden. Ja, manche ausländischen Presseorgane scheinen sogar den Gedanken propagieren zu wollen, daß die abgerüsteten Staaten vor allen weiteren Schritten in der Abrüstungsfrage erst einer Art Vorkontrolle unterworfen werden müssen. Das ist eine Verschiebung des Abrüstungsproblems wie sie sich schlimmer kaum denken läßt.

Wer ist denn bedroht? Nicht die anderen Länder, sondern Deutschland. Nur im Ausland spricht man vom Krieg. In Deutschland denkt niemand an kriegerische Verwicklungen. Deutschland verlangt Sicherheit und Gleichberechtigung; es wünscht nichts anderes, als seine Unabhängigkeit bewahren und seine Grenzen schützen zu können. Wenn man aber glaubt, mit leeren Argumenten die Herrschaft der Sieger über den Besiegten verewigen zu können, so muß ich dazu allerdings mit aller Bestimmtheit erklären, daß Deutschland sich weigert, einen solchen Zustand weiterzutragen.

Der Minister fuhr dann fort: Ich könnte es nur bedauern, wenn man die Methode des Messens mit zweierlei Maß etwa auch anwenden wollte auf

Erfolge zeitigte, zum zweitenmal jene weid- und vorwurfsvolle Stimme eines Engländer hervor: „Warum können denn Macdonald, Henderson, Baldwin nicht das leisten, was Hitler, Göring, Goebbels gelingen ist?“ Das und wenn wirklich die Welt uns Deutsche dann auf Grund der „Durchführung einer wahren Volksgemeinschaft“ besser zu verstehen gelernt haben wird, so würden wir das von Herzen begrüßen. Doch für diese Tat und dieses Tun gilt uns nur das andere Wort Fichtes: „Deutsch sein heißt eine Sache um ihrer selbst willen tun!“

Dr. Pr.